

INTERNATIONAL

Jenoptik verkauft Konzerntochter

JENA/STUTTGART – Der deutsche Technologiekonzern Jenoptik verkauft sein milliardenschweres Geschäft mit Anlagenbau und Reinraumtechnik sowie mit Gebäudedienstleistungen. Käuferin ist das Beteiligungsunternehmen Springwater Capital. Ein Vertrag sehe die Übernahme der knapp 73 Prozent von Jenoptik gehaltenen Anteile an der M+W Zander Holding AG (Stuttgart) vor, teilte Jenoptik am Montag in Jena mit. Nach der Expansionsstrategie der vergangenen Jahre will sich der grösste börsennotierte Konzern in Ostdeutschland auf sein Optik-Geschäft beschränken und die Schulden zurückfahren. (sda)

KPMG steigert Jahresumsatz auf 15,7 Milliarden Dollar

LONDON – Die Unternehmensberatung KPMG hat ihren Umsatz deutlich gesteigert. Im abgelaufenen Geschäftsjahr (per Ende September) habe es einen Zuwachs von 16,7 Prozent auf 15,7 Milliarden Dollar gegeben, teilte das Unternehmen am Montag in London mit. (AP)

In Japan nähert sich Ende der Deflation

TOKIO – Die japanische Regierung erwartet im kommenden Fiskaljahr erstmals seit acht Jahren wieder einen Anstieg der Konsumentenpreise. Eine Ende der sieben Jahre andauernden Deflation werde sich in dem Jahr bis März 2007 wahrscheinlich abzeichnen, heisst es in einer am Montag vorgelegten Konjunkturprognose der Regierung. Es sei aber noch zu früh, um ein Ende der Deflation zu verkünden. Die Regierung rechnet in dem Berichtszeitraum mit einem Anstieg der Konsumentenpreise im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Prozent. (sda)

Freisprüche auf der Kippe

Mannesmann-Prozess – Bundesgerichtshof verkündet Urteil

KARLSRUHE – Auf vorweihnachtliche Milde kann Josef Ackermann wohl nicht bauen: In Karlsruhe verkündet der deutsche Bundesgerichtshof (BGH) morgen Mittwoch die Urteile im Mannesmann-Revisionsverfahren.

Sollte sich bei der Urteilsverkündung bewahrheiten, was sich in der Verhandlung im Oktober angedeutet hatte, kommen der Chef der Deutschen Bank und seine fünf Mitangeklagten erneut auf die Anklagebank. Und das kann für einen Spitzenbanker schlimmer sein als die eigentliche Strafe.

Prämien in Höhe von 57 Mio. Euro

Nach der milliardenschweren Übernahme des deutschen Mannesmann-Konzerns durch den britischen Mobilfunkkonzern Vodafone wurden im Jahr 2000 Prämien von 57 Mio. Euro an Manager und Ex-Vorstände gezahlt.

Allein der mitangeklagte Ex-Mannesmann-Chef Klaus Esser erhielt – zusätzlich zu einer Abfindung von 15 Mio. Euro – einen Bonus von fast 16 Mio. Euro. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hielt das zwar für aktienrechtlich angreifbar. Eine strafbare Untreue sah es aber nicht und sprach die Angeklagten im Juli 2004 frei.

Image-Schaden für Deutsche Bank

Sollte der Freispruch in Karlsruhe nun gekippt werden, dürfte das ohnehin angeschlagene Image der Deutschen Bank erneut Schaden nehmen. Dabei hat die Bank gerade eben mit der Schliessung eines Immobilienfonds den Zorn der Anleger auf sich gezogen.



Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann lacht am 21. Januar 2004 im Landgericht in Düsseldorf. Kurz vor Weihnachten könnte für ihn ein Abtausch wahr werden: Die Wiederaufnahme des spektakulären Mannesmann-Prozesses.

Müsste sich Ackermann wegen der von ihm mitverantworteten Millionenprämien erneut einem monatelangen Untreueprozess stellen, würde in der Öffentlichkeit über eine von Raffgier und Masslosigkeit getriebene Manager-Elite debattiert.

Geschenk statt einer Vergütung

Dass der Bundesgerichtshof dem Urteil der unteren Instanz äusserst skeptisch gegenüber steht, war in der aufwändigen Revisionsverhandlung am 20. und 21. Oktober immer wieder zu hören.

Esser, der – im Unterschied zu Ackermann und dem früheren Chef der Gewerkschaft IG-Metall, Klaus Zwickel – persönlich im Gerichtssaal war, musste sich vom Vorsitzenden wiederholt anhören, dass er womöglich ein «Geschenk» erhal-

ten habe – und nicht etwa eine angemessene Vergütung seiner Leistung.

Damit spielte der Richter nicht etwa auf die in der deutschen Wirtschaftsgeschichte einzigartige Höhe der Prämie an. Ob Zahlungen in solcher Höhe moralisch zu rechtfertigen seien, spiele für die strafrechtliche Beurteilung keine Rolle.

Wäre von vornherein vereinbart gewesen, dass bei besonderem Erfolg ein Bonus ausgeschüttet werde, «dann hätten wir damit keine Schwierigkeiten», machte der Vorsitzende deutlich.

Doch so sehr die Riege der hochkarätigen Starverteidiger auch versuchte, die Prämie in «Ermessensantiemem» oder «nachträgliche Sonderzahlung» umzutaufen: Der Richter beharrte darauf, dass es sich um ein Geschenk handle.

Weil das dafür zuständige Präsidium mit Ackermann, Zwickel und dem damaligen Verwaltungsratspräsidenten Joachim Funk damit über fremdes Geld verfügte – jenes der Mannesmann-Aktionäre –, ist der Untreuevorwurf aus Sicht des Richters nicht aus der Luft gegriffen.

Welten prallten aufeinander

Hier prallten zwei Welten aufeinander. Die Juristen argumentierten in Kategorien von Aktienrecht und Vertragsklauseln, die auch fürs Spitzenmanagement zu gelten hätten.

Die Anwälte der Wirtschaftsboxe dagegen schienen diese Regeln für kleinlich zu halten. Immer wieder fiel der Hinweis auf den Corporate-Governance-Kodex, an den man sich in der globalisierten Wirtschaftswelt halte. (sda)

LAFV-GASTBEITRAG

Das vorherrschende Paradigma

Gastbeitrag von Richard A. Werner, Verwaltungsrat von ProfitFundCom AG, Vaduz

Teil 6 der Serialisierung des demnächst auf Deutsch erscheinenden Werkes «New Paradigm in Macroeconomics» von Professor Richard A. Werner, Lehrstuhl für Internationale Bankwissenschaft an der University of Southampton.

Die japanische Herausforderung an die Ökonomie

Die neoklassische Makroökonomie kann vielerlei empirische Tatbestände nicht erklären, und die grösste Konzentration von «Rätseln» und «Anomalien» liefert der Fall Japan. Statt geringer zu werden im Laufe der japanischen Rezession, sind die Herausforderungen, der sich die neoklassische Makroökonomie gegenüber sieht, während des langen Abschwungs in Japan noch grösser geworden. Da Japan die zweitgrösste Wirtschaft der Welt darstellt, kann sich die konventionelle Ökonomie diesen Herausforderungen nicht leicht entziehen.

Nachdem Japan die neoklassischen Ökonomen in den früheren Jahrzehnten durch sein enormes Wachstum frapportierte, ist das Land in den 90er-Jahren in eine gleichfalls unerklärliche Rezession gesunken. Die Arbeitslosigkeit stieg auf Rekordzahlen für die Nachkriegszeit an, und erreichte über 3,8 Millionen offiziell registrierter Erwerbsloser in den späten 90er-Jahren. Seit 1990 sind über 210 000

Unternehmen insolvent geworden. Dies hat starke soziale Erschütterungen bewirkt und einen Berg nicht bedienter Schulden hinterlassen. Jedes Jahr haben sich etwa 30 000 Menschen das Leben genommen. Nach Angaben der Polizei besteht ein direkter Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Selbstmordrate, Unternehmensinsolvenzen, Arbeitslosigkeit und den Schulden, die sich im Jahrzehnt des wirtschaftlichen Abschwungs aufgetürmt haben. Unter den industrialisierten Ländern hält Japan zudem den Nachkriegsrekord in Sachen Deflation.

Das, was man herkömmlicherweise unter einem zyklischen Abschwung versteht, hat in Japan abnorm lang angehalten. Vor allem aber scheint die japanische Wirtschaft auf keine der wirtschaftspolitischen Massnahmen wie erhofft reagiert zu haben. Die zentralen Empfehlungen ökonomischer Schulen konventioneller Prägung sind im vergangenen Jahrzehnt zur Anwendung gekommen, doch über Jahre schon, ohne nennenswerte Resultate zu zeitigen.

Zinssenkungen, ein Standard-Rezept konventioneller Ökonomen, verliefen enttäuschend. Die meisten makroökonomischen Modelle beruhen auf der Annahme, dass niedrigere Zinsen ein erhöhtes Wirtschaftswachstum nach sich ziehen.

Dies entspricht weltweit den Erwartungen der Zentralbanken. In ihren zahlreichen Publikationen werden sie nicht müde zu betonen, dass das Zinsniveau die Schlüsselgrösse sei für die Beflügelung der Konjunktur, und dass eben Zinssenkungen Wachstum stimulieren. Diese Theorie ist dermassen eingefleischt im modernen Journalismus, das die Medien sie als gut abgesicherte Tatsache darstellen.

Schon 1991 begann die japanische Zentralbank das Zinsniveau zu senken. Kurzfristige Zinssätze sind von 6 Prozent im Jahre 1991 bis auf 0,0001 Prozent Anfang 2004 gefallen. Langfristige Zinsen – im Sinne der Rendite einer Staatsanleihe mit zehnjähriger Laufzeit – sind von über 7 Prozent Anfang 2003 auf ein Rekordtief von 0,4 Prozent gesunken. Das im Sinne der vorherrschenden Theorien wirkmächtigste Steuerungsinstrument hat sich im vergangenen Jahrzehnt völlig erschöpft, ohne einen merklichen Effekt auf die Wirtschaft auszuüben.

Die Wirkungslosigkeit der Zinspolitik legte den Einsatz fiskalpolitischer Stimulationsmassnahmen nahe. Zwischen 1992 und 1999 wurden mehr als ein Dutzend Initiativen dieser Art in einem Volumen von über 120 Trillionen Yen durchgeführt. Zusammen mit öffentlichen Ausgaben zur wirtschaftlichen Belebung trieben der «auto-

matische Stabilisator», d.h. der rezessionsbedingte Anstieg von Ausgaben für die soziale Absicherung sowie Steuererleichterungen in der Unternehmens-, Einkommens-, Kapital- und Transaktionsbesteuerung die Staatsverschuldung im Jahre 2002 auf eine neue Rekordmarke in Höhe von 150 Prozent des jährlichen Bruttosozialprodukts.

Verfasser: Professor Richard A. Werner ist Verwaltungsrat von ProfitFundCom AG, Vaduz (www.profitfund.com) und Berater des Global Macro Fund. Er ist Autor von «Princes of the Yen» (M. E. Sharpe, New York), ein Bestseller in Japan.

Die alleinige inhaltliche Verantwortung für diesen Beitrag liegt beim Verfasser.

ANZEIGE

PanAlpina Sicav
Alpina V

Preise vom 19. Dezember 2005

Kategorie A (thesaurierend)

Ausgabepreis: € 65.62

Rücknahmepreis: € 64.33

Kategorie B (ausschüttend)

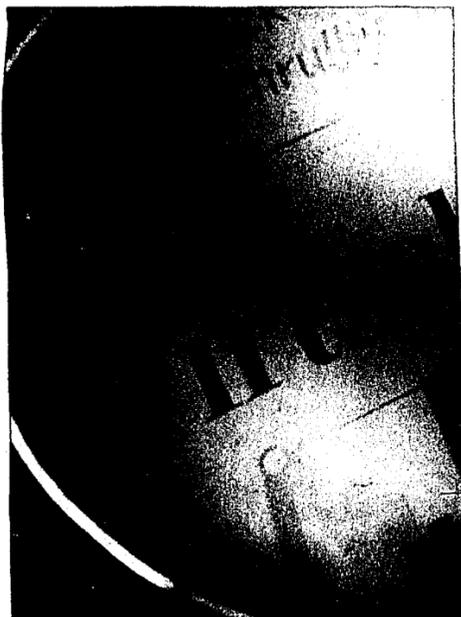
Ausgabepreis: € 63.81

Rücknahmepreis: € 62.56

Zahlstelle in Liechtenstein:

Swissfirst Bank (Liechtenstein) AG

Astrasse 61, Postfach, FL-9490 Vaduz

**Deutsche Wirtschaft wächst 2006 dank Aufschwung**

MÜNCHEN – Die deutsche Wirtschaft befindet sich nach Ansicht des Münchner Ifo-Instituts derzeit im Aufschwung und wird im kommenden Jahr um 1,7 Prozent zulegen. «Zugpferd ist die Auslandsnachfrage», heisst es in der am Montag vorgelegten Konjunkturprognose des Münchner Instituts für Wirtschaftsforschung (Ifo). «Auch der Investitionsmotor ist nach etlichen Fehlzündungen endlich angesprungen.» Im kommenden Jahr würden die Firmen auch wegen der verbesserten Abschreibungsbedingungen deutlich mehr investieren. Die Aussicht auf die 2007 geplante Mehrwertsteuererhöhung werde zudem den privaten Konsum vorübergehend beleben, auch wenn die Forscher hier noch keine durchgreifende Erholung sehen. «Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich nur zögernd bessern, in den Wintermonaten wird die Arbeitslosenrate voraussichtlich erneut die 5-Millionen-Marke überschreiten», schränken die Forscher allerdings ein. Noch vor zwei Monaten hatten die sechs führenden Institute in ihrem gemeinsamen Gutachten prognostiziert, dass sich das Wachstum von knapp ein Prozent in diesem Jahr 2006 auf lediglich 1,2 Prozent erhöht. (sda)